

## **Von Frank Bugge**



fbugge@usinger-anzeiger.de

## Das Hochzeitsfoto

24 gewählte ehrenamtliche Kommunalpolitiker, liebe Leserinnen und Leser, haben am Dienstag eine überraschend klare Aussage getroffen: Sie haben das von 2700 Bürgern per Unterschrift getragene Bürgerbegehren, das eine Volksabstimmung über das Windkraftprojekt zum Ziel hat, aus formalen Gründen abgelehnt.

24 von 36 Parlamentariern: Das ist eine Zweidrittelmehrheit. Nimmt man noch die fünf Enthaltungen dazu, die je nach Lesart auch als "Unterstützung des Mehrheitsvotums" gesehen werden können, wird das Ergebnis noch gewichtiger. Kein Wunder, dass da den Leuten aus BI und IG nicht nur die Spucke, sondern auch die Worte wegblieben.

Die CDU, mit 16 Abgeordneten die stärkste Fraktion, war erneut gespalten. Es gab fünf Zustimmungen und sechs Enthaltungen, darunter auch von Holger Bellino. Corinna Bosch, Sandra Kuhnert, Andreas Moses, Rudi Maas und Günther Lurz sagten Ja, wollten also das Bürgerbegehren als Einzige zulassen. Bei den anderen Fraktionen herrschte weitestgehend Konsens. Lediglich André Sommer (SPD) enthielt sich der Stimme.

Soweit die Zahlen. Und was steckt dahinter, was "sagt man"? CDU-Fraktionsvorsitzender Uwe Kraft, dessen erneute sechsjährige Amtszeit als Vizelandrat und Erster Kreisbeigeordneter und damit Berufspolitiker am 1. Januar begonnen hat, "will bei der Süwag etwas werden", sagt man. Klaus Hoffmann will nach seiner Amtszeit als Bürgermeister (gewählt bis 2017) "bei Juwi einsteigen", sagt man. CDU-Parteichef Andreas Moses, der unlängst vom Bürgermeisterkurs abwich und sich durchaus populistisch für eine Volksabstimmung aussprach, "will selbst Bürgermeister werden", sagt man. Jetzt müssten jene, sie so etwas sagen, auch sagen, was denn noch die anderen Magistratsmitglieder und 37 Stadtverordneten bei ihren Beschlüssen antreibt. Inzwischen vier Mal haben sie mehrheitlich Pro Windkraft gestimmt. So viele Posten und Pöstchen gibt es gar nicht für die Gewählten, die sich im Übrigen auf 6100 Wähler bei den Kommunalwahlen berufen können. Bürgermeister Hoffmann bekam bei seiner Wahl 2011 genau 5999 Stimmen.

Also keine Posten und Pöstchen als Grundlage für die Abstimmung, sondern Falschinformationen und Verblendung? Jetzt kommen wir im wahrsten Sinne des Wortes der Sache schon näher.

Denn in der Sache Windkraft bleiben Fragen. Sicherlich zu den Standortgutachten und einzelnen Bewertungsaspekten. Vor allem aber auch zum Geschäftsgebaren der Partner der Stadt. Es irritiert, wenn die Süwag als renommierter und potenter (Vertrauens-) Partner, den wohl auch die Politiker als eben diesen sahen und bewerten, aus einem Projekt aussteigt, in dem sie offensichtlich formal und vertraglich gegenüber der Stadt gar nicht drin war. Dass der Süwag-Chef bei der Pressekonferenz dabei war und sich mit allen Beteiligten ablichten ließ: Ein Hochzeitsfoto bedeutet noch keine Heirat, bemerkte eine Leserin. Finanzamt, Banken und Versicherungen wollen Urkunden, Unterschriften und Stempel. So einfach ist die Welt. Da beruhigt auch nicht der Hinweis von Juwi, dass das in der großen Geschäftswelt üblicherweise anders ist.

In Sachen Wind haben jetzt die Juristen das Wort. Deren Mühlen mahlen langsam, wie der Grävenwiesbacher Gebührenstreit zeigt. In den Jahren 2006/07 formierte sich des Bürgers Widerspruch gegen die Berechnung der Wasser-, Abwasser- und Müllgebühren in der "Bürgergemeinschaft für gerechte Gebühren". Am 4. August 2011 verhandelte das Verwaltungsgericht eine erste von rund 60 Bürgerklagen. Die Gemeinde ging in Berufung. Die wurde in dieser Woche, 2,5 Jahre nach der ersten Instanz, am Verwaltungsgerichtshof entschieden. Gemeinde und Bürger haben recht bekommen und die Grundlage für die offenen 60 Verfahren ist gelegt. Von lautem Jubel ob der Entscheidung ist nichts bekannt. Hat sich das Thema in den vielen Jahren etwa "ausgeschli-

Hurra, es sind Osterferien, aber leider ist der Sonntag der Tag ohne diese Zeitung. Aber am Montag informiert und unterhält Sie ja wieder der Usinger Anzeiger.